

Vierte Sitzung

im Ständehaus zu Düsseldorf, Dienstag, den 15. März 1921.

(Beginn 3 Uhr 15 Minuten.)

1. Eingänge.
2. Fortsetzung der Beratung der aus der Vormittagsitzung unerledigt gebliebenen Punkte.
3. Antrag der Geschäftsordnungskommission zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, betreffend Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung durch eine zu wählende 15gliedrige Kommission und Vornahme der Wahl.

Vorsitzender Gielen: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung.

Ich möchte Ihnen, da für die Wahlen zum Staatsrat auf 3 Uhr eingeladen ist, vorschlagen, diesen Punkt der Tagesordnung an erster Stelle zu nehmen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich nehme Ihr Einverständnis mit der Abänderung der Tagesordnung an.

Es liegt ein Antrag vor:

„Kommunistische Fraktion erhebt Protest gegen den Staatsanwalt in Kassel, welcher das einmütige Verlangen des Ältestenausschusses des Provinziallandtages auf Haftentlassung des Abgeordneten Klinkmüller ohne nähere Begründung abgelehnt hat. Wir erblicken darin einen neuen Beweis der Mißachtung der reaktionären Staatsgewalt gegen die sogenannte Volksvertretung im Parlament“.

Der Antrag ist von Herrn Abgeordneten Koch unterschrieben. Ich stelle die Unterstützungsfrage: Wer von den Damen und Herren unterstützt den Antrag? — Ich zähle 12, jetzt 13. Das genügt nicht. Der Antrag ist abgelehnt. (Widerspruch.) Die Geschäftsordnung muß als bekannt vorausgesetzt werden. (Zuruf links: Dann unterstützen wir mit!) Es war abgestimmt.

Abgeordneter Koch: Die Abstimmung war ziemlich zweifelhaft; Sie haben nicht gezählt.

Vorsitzender Gielen: Ich habe gezählt. Es waren 13! (Zuruf links: Die doppelte Zahl war da!) Die Abstimmung ist erledigt, sie kann nicht wiederholt werden.

Ich frage das Haus, ob es mit der Entscheidung einverstanden ist. Ich bitte die Damen und Herren, die einverstanden sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. (Zuruf Abgeordneter Melich: Das ist ja Kinderei!)

Abgeordneter Koch: Dann stelle ich einen neuen Antrag; dann sprechen wir doch dazu. Die Abgeordneten wissen ja gar nicht, worum es sich handelt.

Vorsitzender Gielen: Herr Abgeordneter Knab hat gerufen, was ich mache, sei Kinderei. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Knab zur Ordnung.

Abgeordneter Knab (zur Geschäftsordnung): Ich weise das zurück. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Gielen: Es ist bereits in der ersten Sitzung ein Beschluß gefaßt worden, wonach die Wahlen zum Staatsrat in dem abgekürzten Verfahren nach § 23 stattfinden sollen. Zu Beisitzern ernenne ich die Herren Elses und Beyers und zum Schriftführer Herrn Elses.

Ich bringe sodann die Vorschläge für die Wahl zur Verlesung.

Vom Zentrum sind vorgeschlagen:

a) als Mitglieder:

1. Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Kaas in Trier,
2. Gutsbesitzer Josef Pauli in Löbenich, Bezirk Köln,
3. Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer in Köln.
4. Geheimer Kommerzienrat Dr. Louis Hagen in Köln,
5. Geheimer Kommerzienrat Peter Klöckner in Duisburg,
6. Gewerkschaftssekretär Heinrich Strunk in Essen,
7. Schriftleiter Dr. Theodor Brauer in Brühl, Königstraße 21;

b) als Stellvertreter:

1. Studienrat Dr. Johannes Schmitz in Andernach,
2. Gutsbesitzer Dekonomierat Felix Lensing in Hütthum, Kreis Rees,
3. Rechtsanwalt Justizrat Hugo Wönnig in Köln, Gereonshof 29,
4. Fabrikant Stefan Weiffel in Aachen,
5. Prokurist Jakob Weber in Kray, Landkreis Essen,
6. Gewerkschaftssekretär Ewald Weber in Aachen, Junkerstraße 41,
7. Schriftleiter Wilhelm Elfes in M. Gladbach;

c) als Ersatzmänner:

1. Oberlehrerin Maria Schmitz in Aachen,
2. Kaufmann Gustav Nahrhaft in Düsseldorf, Leopoldstraße 13,
3. Reichstagsabgeordneter Gutsbesitzer Karl Baumann, Haus Forst bei Frechem,
4. Gewerkschaftssekretär Dedenbach in Köln, Venloerwall 9,
5. Schulrat Kley in Neuwied,
6. Beigeordneter Gustav Reuter in Düsseldorf, Luifenstraße 33,
7. Oberbürgermeister Franz Gielen in M. Gladbach,
8. Bürgermeister Heinrich Schaefer in Essen, Kellinghauser Straße 113,
9. Gutsbesitzer Graf Westerholt, Fritz, in Ariendorf, Kreis Neuwied,
10. Arbeitersekretär Wilhelm Kliever in Krefeld,
11. Rittergutsbesitzer von Salis-Soglio, Antonio, Schloß Gemünden, Kreis Simmern,
12. Dekonomierat Brückner in Hönnepele, Kreis Cleve,
13. Arbeitersekretär Theodor Schaaf in Düren, Bergstraße 6,
14. Apotheker Dr. Hermann Dichgans in Elberfeld, Simonstraße 23.
15. Fabrikbesitzer Konsul Heinrich Maus in Köln, Vorgebirgstraße 16,
16. Landrat Dr. Konrad Saassen in Krefeld, Bismarckplatz 32,
17. Landwirt Jakob Gessinger in Laufeld, Kreis Wittlich,
18. Bürgermeister Robert Grootens in Wittgen, Kreis Neuß,
19. Bäckerobermeister Georg Nauheim in Essen,
20. Kaufmann Theodor Kirchbaum in Köln, Vorgebirgstraße 17,
21. Verbandsdirektor D. Legendre in Trier, Bauernverein,
22. Landgerichtsrat Paul Schumacher in Köln-Ehrenfeld, Weinbergstraße 122,
23. Installationsmeister Peter Welter in Köln, Saarstraße.

Von der Arbeitsgemeinschaft sind vorgeschlagen:

a) als Mitglieder:

1. Oberbürgermeister Dr. Karl Farres in Duisburg,
2. Rechtsanwalt Justizrat Dr. Paul Wesenfeld in Barmen,
3. Industrieller Dr. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Essen;

b) als Stellvertreter:

1. Rechtsanwalt Justizrat Dr. Johannes Kaiser in Köln,
2. Generaldirektor Dr. Jakob Hasplacher in Duisburg-Weiderich,
3. Rechtsanwalt Justizrat Bernhard Falk in Köln;

c) als Ersatzmänner:

1. Gutsbesitzer Karl Andres, Gutleuthof bei Kreuznach,
2. Gewerkschaftssekretär Otto Büchsenhützig in Barmen,
3. Reichsangestellter Karl Dinger in Wald, Kreis Solingen,
4. Oberbürgermeister Dr. Paul Hartmann in Barmen,
5. Professor Paul Milau in Kreuznach,
6. Realschuldirektor Dr. Edmund Neuendorff in Mülheim-Ruhr,
7. Gutsbesitzer Karl von Stedman, Haus Besslich bei Urbach,
8. Fabrikant Kommerzienrat Theodor Simon in Kirn a. d. Nahe,
9. Fabrikant Dr.-Ing. e. h. Georg Talbot in Aachen,
10. Kaufmann August Hermann Tillmanns in Elberfeld.

Von der Mehrheitssozialistischen und Unabhängigen Fraktion sind vorgeschlagen:

a) als Mitglieder:

1. Beigeordneter Johann Meerfeld in Köln, Siebengebirgallee,
2. Beigeordneter Karl Eberle in Barmen, Elsternstraße 16,
3. Redakteur Peter Verten in Düsseldorf, Redarstraße 9;

b) als Stellvertreter:

1. Beigeordneter Heinrich Schäfer in Köln, Eigelstein,
2. Beigeordneter Ernst Dröner in Elberfeld,
3. Parteisekretär Casar Meyers in Krefeld, Elisabethstraße 27;

c) als Ersatzmänner:

1. Eisenbahnbetriebsingenieur Berthold Mehne in Neuwied, Bismarckstraße 1a,
2. Parteisekretär Karl Thielemann in Düsseldorf, Wallstraße 10,
3. Beigeordneter Ludwig Ruhnert in Aachen, Jülicher Straße 208.

Von der Kommunistischen Fraktion sind vorgeschlagen:

a) als Mitglieder:

Redakteur Karl Schlösser in Remscheid, Thomasstraße,

b) als Stellvertreter:

Schlösser Johann Melich in Köln-Bollstoff,

c) als Ersatzmann:

Geschäftsführer Fritz Duabek in Haan.

Die Wahl erfolgt nach § 23 durch Zuzuf. Ich frage also: Wer von den Damen und Herren ist mit den Vorschlägen nicht einverstanden? — Es besteht Einstimmigkeit.

Wir kämen dann zu Nummer 18 der Tagesordnung.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Eberle.

Abgeordneter Eberle (zur Geschäftsordnung): Es ist entweder im Wahlgesetz, aber doch ganz bestimmt in den Ausführungsbestimmungen vorgesehen, daß nach Tätigung der Wahl die anwesenden Gewählten gefragt werden sollen, ob sie die Wahl annehmen sollen. (Abgeordneter Dr. Udenauer: Das ist richtig!) Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, das festzustellen und, wenn es richtig ist, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen und nach den Ausführungsbestimmungen zu verfahren.

Vorsitzender Gielen: Es steht in den mir vorliegenden Bestimmungen nicht. (Abgeordneter Dr. Udenauer: Es ist zutreffend!) Dann muß ich das eben einmal konstatieren.

Professor Dr. Kaas? (Zuzuf: Ist nicht Mitglied!)

Oberbürgermeister Dr. Udenauer? (Abgeordneter Dr. Udenauer: Ja!)

Geheimer Kommerzienrat Dr. Hagen? (Ja!)

Strunk? (Zuzuf: Ist nicht Mitglied! Zuzuf rechts: Das muß nachher festgestellt werden, aber doch nicht hier! Antwort links: Es steht ausführlich in den Bestimmungen.

Schriftleiter Dr. Brauer? (Ja!)

Studienrat Dr. Johannes Schmitz? (Abgeordneter Schmitz: Ja!)

Gutsbesitzer Dekonomierat Lenzing? (Abgeordneter Lenzing: Ja!)

Rechtsanwalt Justizrat Wönnig? (Abgeordneter Wönnig: Ja!)

Prokurist Jakob Weber, Kray? (Abgeordneter Weber: Ja!)

Gewerkschaftssekretär Ewald Weber, Nachen? (Ja!)

Schriftleiter Elses? (Abgeordneter Elses: Ja!)

Oberbürgermeister Gielen? (Ja!)

Bürgermeister Heinrich Schaefer? (Ja!)

Gutsbesitzer Graf Westerholt? (Ja!)

Arbeitersekretär Wilhelm Kliever? (Zuzuf: Nicht anwesend!)

Rittergutsbesitzer von Salis-Soglio? (Ja!)

Dekonomierat Brücker? (Ja!)

Arbeitersekretär Theodor Schaaf? (Ja!)

Apotheker Dr. Hermann Dichgans? (Ja!)

Fabrikbesitzer Konsul Heinrich Maus? (Ja!)

Landrat Dr. Saassen? (Ja!)

Landwirt Jakob Gessinger? (Ja!)

Bürgermeister Grootens? (Zuzuf!)

Oberbürgermeister Dr. Jarves? (Ja!)

Rechtsanwalt Justizrat Dr. Paul Wesenfeld? (Ja!)

Rechtsanwalt Justizrat Dr. Johannes Kaiser? (Ja!)

Rechtsanwalt Justizrat Bernhard Falk? (Ja!)

Gewerkschaftssekretär Otto Büchsenhüh? (Ja!)

Oberbürgermeister Dr. Paul Hartmann? (Ja!)

Professor Paul Wilau? (Ja!)

Realschuldirektor Dr. Neuendorff? (Ja!)

Gutsbesitzer von Stedman? (Ja!)
 Gutsbesitzer Karl Andres? (Ja!)
 Fabrikant Kommerzienrat Theodor Simon? (Ja!)
 Fabrikant Dr. Georg Talbot? (Ja!)
 Kaufmann August Hermann Tillmanns? (Ja!)
 (Abgeordneter Dr. Jarres: Den Herrn Karl Dinger haben Sie nicht verlesen!)
 Reichsangestellter Karl Dinger? (Ja!)
 Beigeordneter Meerfeld? (Zuruf: Nicht hier!)
 Beigeordneter Karl Eberle? (Ja!)
 Redakteur Peter Berten? (Zuruf: Nicht anwesend!)
 Beigeordneter Heinrich Schäfer? (Zuruf: Auch nicht da!)
 Beigeordneter Ernst Dröner? (Zuruf: Nicht anwesend!)
 Parteisekretär Casar Beyers? (Ja!)
 Eisenbahnbetriebsingenieur Berthold Mehne? (Ja!)
 Parteisekretär Karl Thielemann? (Zuruf: Nicht anwesend!)
 Beigeordneter Kuhnen? (Ja!)
 Redakteur Karl Schlösser? (Zuruf: Nicht anwesend!)
 Schlosser Johann Melich? (Ja!)
 Gewerkschaftssekretär Fritz Quabek? (Ja!)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Simon-Bitburg zu Nummer 18:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des Abgeordneten Ley, betreffend Ansässigmachung eines Weinbaulehrers für die Untermosel.

Abgeordneter Simon (Bitburg): Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Ley hat den Antrag gestellt, für die untere Mosel mit dem Sitz in Cochem einen Weinbaulehrer anzustellen und den Weinbaulehrer Friedrichs dazu zu verwenden.

Die Lage des Weinbaues droht eine besorgniserregende Form anzunehmen. Die drohende Zollgrenze und die Uberschwemmung mit ausländischen Weinen bringt voraussichtlich eine sehr große Notlage. Es ist deshalb begreiflich, daß die Winzerschaft besonders an der unteren Mosel das Bestreben hat, jede Gelegenheit zu benutzen, um sich Sachkenntnis zu erwerben. Deshalb geht der Wunsch der Winzerschaft an der unteren Mosel, besonders auch in Cochem, dahin, daß dort eine Weinbauschule eingerichtet werden soll. Aber es ist ja kaum daran zu denken, daß so etwas möglich ist, und man beschränkt sich deshalb in diesem Antrage darauf, zu verlangen, daß wenigstens ein Weinbaulehrer angestellt werden soll, der in Cochem seinen Sitz hat und die Belehrung und praktische Unterweisung der Leute in die Hand nimmt. Diese Maßnahme wird besonders für die kleineren und mittleren Winzer, welche schwer um ihr Dasein werden ringen müssen, von Vorteil sein. Der Herr Weinbaulehrer Friedrichs genießt, wie mir berichtet wird, durchaus das Vertrauen der weinbautreibenden Bevölkerung der unteren Mosel.

Ich bitte Sie deshalb, dem Beschluß des I. Sachausschusses zuzustimmen.

Vorsitzender Gielen: Sie gestatten eben. Herr Abgeordneter Knab gibt mir eben die Erklärung: „Der Zuruf Kinderei ist nicht von mir gemacht worden. Ich ersuche den Herrn Präsidenten um Zurücknahme seines Ordnungsrufes“. Unter den Umständen nehme ich selbstverständlich den Ordnungsruf gegen Herrn Abgeordneten Knab zurück. Das ist ein Versehen meiner Person gewesen. (Zuruf rechts: Wer hat es denn gesagt?) — Es meldet sich Herr Abgeordneter Melich. — Dann rufe ich den Herrn Abgeordneten Melich nachträglich zur Ordnung.

Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist von dem Ausschuß I lediglich in bezug auf seine finanzielle Tragweite behandelt worden. Der ganze Antrag darf aber meiner Ansicht nach nicht bloß nach der finanziellen Tragweite beurteilt werden, sondern muß auch von rein landwirtschaftlich-technischen Gesichtspunkten aus geprüft werden. Der Weinbau an der unteren Mosel und der Rheinweinbau im Kreise Koblenz müssen unbedingt Hand in Hand arbeiten und dürfen nicht getrennt werden. Darum habe ich gegen den Ausdruck „untere Mosel“ im vorliegenden Antrag Stellung zu nehmen. Es wird durch Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer die Grenze der Tätigkeitsgebiete der Weinbaulehrer abgetrennt, und das muß einstweilen so bleiben, bis andere Abmachungen mit der Landwirtschaftskammer getroffen sind. Ich bitte daher, daß in Zukunft, wenn ähnliche Anträge wieder vorgelegt werden, sie unter allen Umständen auch der landwirtschaftlichen Fachkommission außer dem Finanzausschuß überwiesen werden. Ebenso muß meiner Ansicht nach der Provinzialausschuß zu einem solchen Antrage gehört werden. Nachdem wir aber die Sache besprochen und nun geklärt haben, erklären wir uns damit einverstanden, daß finanziell und etatsmäßig die Stelle bewilligt wird. Ich bitte nur im Einverständnis mit dem Herrn Antragsteller, die Fassung so zu wählen: „Der Provinziallandtag wolle die Mittel für die Anstellung eines zweiten Weinbaulehrers an der Provinzial-Weinbauschule in Trier bewilligen“.

Damit greifen wir den Rechten der Landwirtschaftskammer nicht vor und haben auf der anderen Seite die Wünsche der Moselwinzer nach Anstellung eines zweiten Beamten befriedigt.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoff.

Abgeordneter Hoff: Meine Damen und Herren! Dieser Antrag sowohl wie der unter Position 11 verabschiedete, welcher die Errichtung einer neuen Lehrerstelle bei der Provinzial-Wein- und Obstbauschule in Kreuznach vorsah, wurde erst überreicht, während die Fachkommission I bereits in ihren Beratungen stand. Bei den immer knapper werdenden Mitteln, über die die Provinz verfügt, ist es ein unhaltbarer Zustand, daß Anträge, die finanzielle Auswirkungen haben, erst dann eingebracht werden, wenn ein ganzer Teil der Fraktionen, ausgenommen vielleicht derjenigen, der der Antragsteller angehört, gar keine Möglichkeit mehr hat, sich von der Wichtigkeit der angeforderten Stelle, die ich in diesem Falle nicht bezweifle, zu überzeugen. Die Notwendigkeit der Errichtung dieser beiden Stellen ist doch zweifellos den Herren Antragstellern schon länger bekannt gewesen als seit gestern mittag. Wir müssen also im Interesse einer geordneten Geschäftsführung verlangen, daß derartige Anträge mindestens vor Beginn der gesamten Tagung an Ort und Stelle sind oder aber, was auch mein Vorredner gewünscht hat, daß zunächst der Provinzialausschuß sich mit dieser Angelegenheit zu befassen hat.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bamberger.

Abgeordneter Bamberger: Meine Damen und Herren! Ich kann mich in vieler Beziehung den Worten meiner Herren Vorredner anschließen. Auch ich spreche mein Befremden darüber aus, daß uns die beiden Anträge 11 sowohl wie 18 nicht in der Kommission IV vorgelegen haben. Der Herr Landeshauptmann hat meines Wissens auch nur von drei Kommissionen gesprochen. Offenbar scheint man hier im Hause sich nicht ganz darüber klar zu sein, daß wir hier vier Fachkommissionen haben. Und zwar gehört zu den Aufgaben der IV. Fachkommission auch die Beratung der Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Schulwesens. Ich denke, das Weinbauschulwesen gehört doch auch zum landwirtschaftlichen Schulwesen. Oder soll der Weinbau vielleicht unter einer anderen Rubrik, vielleicht Mischrechnung, behandelt werden? Ich bitte also, daß wir in der Fachkommission IV

nicht übergangen werden. Die Kommissionen sind meines Erachtens an sich schon bedeutungslos genug; man braucht ihnen nicht noch die winzigen Rechte, die sie haben, zu beschränken. Eigentlich haben wir ja nur das Recht zu akademischen Erörterungen, und hier ist es nicht einmal eine akademische Erörterung, denn wir können nicht aus der Anschauung heraus sprechen. Selbst wenn uns der Antrag vorgelegen hätte, wären wir nicht in der Lage, nun wirklich etwas Genaueres über die betreffende Anstalt und über die Notwendigkeit eines Weinbaulehrers an der unteren Mosel oder eines Weinbaulehrers in der Anstalt zu Kreuznach zu sprechen, aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht in der Lage sind, uns aus der eigenen Anschauung ein Bild von der Notwendigkeit zu machen. Ich muß daher zu meinem Bedauern in aller Schärfe es aussprechen — genau wie es heute morgen der Herr Abgeordnete Theissen getan hat —: Die Kommissionen und der ganze Provinziallandtag sind, wenn auf diese Weise gearbeitet wird, nicht viel mehr als eine Farce. Das können wir nicht mitmachen. Entweder wir haben mehr als eine nur beratende Stimme in den Kommissionen, also wirklichen Einfluß auf die Verwaltung, oder wir brauchen überhaupt nicht zu tagen. Wir können nicht hier bloß ein Deforum bilden. Wir sind entweder eine arbeitende Körperschaft oder gar nichts. Vor dieser Wahl stehen wir, meine Damen und Herren. Deshalb kann ich mich mit dem Antrage durchaus nicht einverstanden erklären und müßte ihn unter allen Umständen, selbst wenn ich die Anstellung eines solchen Herrn für notwendig hielte, ablehnen aus dem einfachen Grunde, weil ich die Schaffung der Stelle meiner Fraktion nicht so empfehlen könnte, wie es sein müßte.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Andres-Kreuznach.

Abgeordneter Andres: Ich möchte nur gegenüber den Ausführungen des zweiten Herrn Vorredners feststellen, daß der von mir gestellte Antrag gestern bereits im Plenum vorgelegen hat, daß er vom Herrn Präsidenten verlesen, der Finanzkommission überwiesen und dort verhandelt und gebilligt worden ist. (Abgeordneter Bamberger: Aber nicht in unserem Ausschuß!) Er ist auch heute morgen schon von dem Plenum unter Nr. 11 behandelt und angenommen worden. Es ist also wirklich zwecklos, darüber noch weitere Worte zu verlieren. (Abgeordneter Dr. Jarres: Sehr richtig!)

Vorsitzender Gielen: Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt ein Abänderungsantrag von Herrn von Stedman vor, der lautet: (Wird nochmals verlesen.) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche für den Abänderungsantrag von Stedman sind, sich zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit.

Ich erteile das Wort dem Herrn Grafen Adelman von Adelmansfelden zu Nr. 19:

Antrag der III. Fachkommission zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Bewilligung von Beihilfen zum Gemeinde- und Kreiswegebau im Rechnungsjahre 1920.

Abgeordneter Graf Adelman von Adelmansfelden: Die Fachkommission III hat von dem Bericht des Provinzialausschusses Einsicht genommen und schlägt dem Provinziallandtag vor, er wolle den Bericht durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären. Einwendungen gegen den Bericht lagen nicht vor, so daß ich mir weiteres wohl ersparen darf.

Vorsitzender Gielen: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Sache für erledigt. Punkt 20.

Antrag der III. Fachkommission zu dem Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die Uebersicht über die bis zum 1. Dezember 1920 für Kleinbahnen bewilligten Mittel und Förderung von Bahnunternehmungen.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Graf Adelman von Adelmansfelden: Hier liegt derselbe Vorschlag der Sachkommission III wie zum vorhergehenden Punkt der Tagesordnung vor. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mitteilen, daß ein Antrag der Deutschen Volkspartei in Euskirchen, hier vorgelegt durch Herrn Abgeordneten Dr. Jarres, auf Berücksichtigung der Kleinkreisbahn in Euskirchen nach Wunsch der Sachkommission dem Provinzialausschuß zur weiteren Behandlung übergeben worden ist, daß ferner die Sachkommission III einen Wunsch dahin geäußert hat, daß die Provinzialverwaltung mit allen Mitteln darauf bedacht sein möge, die alten zusammenhängenden, landschaftlich schönen Alleen an den Provinzialstraßen zu erhalten, und daß die Sachkommission bittet, das Plenum möge diesem Wunsche beitreten.

Vorsitzender Sielen: Das Wort ist nicht gewünscht. Ich nehme an, daß Sie dem Antrage zustimmen.

Punkt 21:

Antrag der Wahlprüfungskommission zu den am 20. Februar 1921 stattgehabten Neuwahlen der Provinziallandtagsabgeordneten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dinger.

Abgeordneter Dinger: Meine Damen und Herren! Nach § 10 des Wahlgesetzes beginnt die Einspruchsfrist gegen die Gültigkeit der Wahlen vom Tage der Bekanntgabe des Wahlergebnisses ab. Die Frist selbst dauert vier Wochen und läuft zurzeit noch, da die Veröffentlichung erst vor einigen Tagen erfolgt ist. Wir haben daher im Wahlprüfungsausschuß zunächst davon Abstand genommen, schon jetzt in eine materielle Prüfung des Wahlergebnisses selbst einzutreten, sondern haben diese Prüfung hinausgeschoben, bis das Resultat der Einspruchsfrist vorliegt. Auf Grund dieser Sachlage schlägt die Wahlprüfungskommission Ihnen die Regelung vor, die Sie im Antrag 25 der Druckfachen vorfinden, in dem es heißt: „Der Provinziallandtag wolle die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen aussetzen, da die Einspruchsfrist noch nicht abgelaufen ist“.

Ich habe das Haus zu bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender Sielen: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich nehme an, daß Sie dem Antrage stattgeben.

Punkt 22:

Antrag der I. Sachkommission zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, dem Verwaltungsausschuß und Vorstand des Landesarbeitsamtes eine weit größere Selbständigkeit zu gewähren als bisher.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen, meine Herren! Obgleich die I. Sachkommission diesen Antrag an die Verwaltung und in zweiter Reihe auch an den Provinzialausschuß zurückverwiesen hat, glaube ich, auf die Sache hier mit einigen Worten eingehen zu sollen.

Das Landesarbeitsamt, das schon seit längerer Zeit in kleinem Maßstabe besteht, hat seit dem vorigen Jahre eine große Ausdehnung erfahren. Diese größere Ausdehnung besteht namentlich darin, daß der seit dem vorigen Jahr fungierende Direktor nach außen anscheinend mit großen Plänen umgeht, wie ich aber aus Fachkreisen höre, mit nach mancher Richtung hin sehr beachtenswerten Plänen. Es scheint nun, daß im Laufe der Zeit namentlich die erheblichen Mittel, die aufgewendet werden müssen, um das Landesarbeitsamt in der Art, wie es sein muß, auszugestalten, innerhalb der Verwaltung an einigen Stellen einen nicht unerheblichen Widerstand gefunden haben. Wie ich mir habe sagen lassen, ist dieser Widerstand in vielen Fällen nicht berechtigt. Die Landesarbeitsämter im übrigen Preußen absorbieren alle sehr erhebliche Mittel und, wie ich höre, sind

eine ganze Reihe unter ihnen, die bei weitem größere Mittel aufwenden, als sie bisher im Landesarbeitsamt der Rheinprovinz angefordert worden sind.

Es ist nun sehr schwer in einer Kommission und sicher erst recht sehr schwer hier im Plenum festzustellen, auf welcher Seite gefehlt worden ist und auf welcher Seite namentlich nicht mit dem absolut notwendigen Verständnis vorgegangen ist. Ich glaube, meine Damen und meine Herren, es würde unnütz sein, hier im Plenum in eine Diskussion einzutreten, bevor nicht innerhalb der Verwaltung und namentlich auch innerhalb des Provinzialausschusses diese Angelegenheit mit größter Gründlichkeit nochmals untersucht worden ist. Wir haben darum den Wunsch gehabt, daß bei der nächsten Tagung der Provinziallandtag mit dieser Sache nochmals befaßt wird.

Für heute bitte ich Sie, die Angelegenheit an die Verwaltung und den Provinzialausschuß zurückzuverweisen.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bauknecht.

Abgeordneter Bauknecht: Meine Damen und Herren! Schon der Herr Berichterstatter der Kommission hat es für notwendig gehalten, auf die Frage selbst einzugehen. Er sagt aber auch gleichzeitig, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, sie müsse noch nachgeprüft werden. Dem stimme ich ohne weiteres zu. Trotzdem kann heute einiges zur Beruhigung der Deffentlichkeit gesagt werden, denn gleich beim Zusammentreten des Provinziallandtages hat sich eine Düssel-dorfer Tageszeitung — und der Sitz des Arbeitsamtes ist in Düsseldorf — mit der Frage beschäftigt, und die Deffentlichkeit wartet darauf, daß auch der Provinziallandtag bis zu einem gewissen Grade einige Worte der Sache widmet.

Die Verhältnisse liegen so, daß, sachlich genommen, der Fachauschuß I sagt: Der Provinziallandtag wolle den Antrag an den Provinzialauschuß überweisen, der dann versuchen soll, die Differenzen zu beseitigen. Er hat aber auch gleichzeitig, soweit ich von Kommissionsmitgliedern unterrichtet bin, dahin Stellung genommen, daß man versuchen soll, den akuten Zustand, der in den Differenzen zwischen dem Direktor Kumpmann und dem Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes eingetreten ist, dahin zu schlichten, daß dieses akute Stadium aus der Welt geschafft werde.

Die Verhältnisse liegen da folgendermaßen, um mit einigen Worten sachlich darauf einzugehen.

Das Landesarbeitsamt wird von sechs Personen verwaltet, einem Vorsitzenden, einem Direktor und vier Beisitzern, von denen zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer sind. Diese Kommission arbeitet unglücklich zusammen, da der Vorsitzende glaubt, absolut souverän zu sein. Die übrigen vier Beisitzer mit Direktor Kumpmann können beschließen, was sie wollen; der Direktor erklärt: Ich störe mich nicht daran (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Nun liegen die Dinge so, daß auf Grund dieser unleidlichen Verhältnisse Herr Direktor Kumpmann, der ehrenamtlich tätig ist, seine Entlassung gefordert hatte und bis zum 30. April zu gehen gewillt war; er hat wenigstens seine Forderung an den Landeshauptmann schriftlich dahin fixiert. Der Herr Landeshauptmann hat aber andere Weisungen ergehen lassen und glaubte, diese Differenzen anders zu beseitigen, als es die Fachkommission I beabsichtigt. Wenn nämlich die Fachkommission I das Tempo, wie es in diesem Hause eingeschlagen ist, weiter behalten wird, so wird die praktische Folge davon sein, daß Herr Direktor Kumpmann bis dahin durch die Maßnahmen des Landeshauptmanns gegangen worden ist. Der Landeshauptmann hat die Stelle bis zum 1. April ausgeschrieben. Somit wird die Stelle in ganz kurzer Zeit besetzt sein, und wenn der neue Auschuß dazu kommt, die Sache nochmals zu prüfen und Stellung dazu zu nehmen, steht er zweifellos vor fertigen Tatsachen.

Es handelt sich also darum, von hier aus zu sagen, daß wir wünschen, daß die Differenzen, die zurzeit bestehen, dahin geregelt werden, daß der Direktor Kumpmann unter allen Umständen so lange zu bleiben hat, bis die neue Kommission Stellung dazu genommen hat, und daß der Antrag der Sachkommission in der Weise aufzufassen ist.

Wir haben die Auffassung, daß der Vorsitzende einer solchen Kommission, die zur Aufgabe hat, Industrie und andere Dinge zu bewirtschaften, es auch fertig bringen muß, soviel Umgangsfähigkeit zu besitzen, um mit seinem eigenen Vorstand auskommen zu können. Das hat der Vorsitzende nicht fertig gebracht. Aus dem Grunde muß auch von hier aus deutlich gesagt werden, daß, wenn der Uebelstand analog den Differenzen gemäß dem Antrag der Sachkommission I beseitigt werden soll, in erster Linie der Vorsitzende beseitigt werden muß. Dann werden nach Ansicht meiner Fraktion und nach meiner Auffassung die Differenzen im wesentlichen beseitigt werden.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Kervers: Ganz so, wie sie vorgetragen ist, liegt die Sache nicht. Ich muß zugeben, das zwischen dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes und dem Direktor dieses Amtes hier und da Differenzen entstanden sind. Die Differenzen sind aber entstanden, weil das Landesarbeitsamt im Vorstand etwas andere Auffassungen über den Charakter des Amtes und seine Natur hat wie der Vorsitzende. Das Landesarbeitsamt glaubte mit seinem Vorstand und Ausschuß vollständig selbständig zu sein und sich im großen und ganzen nicht um die Provinzialverwaltung, der das Amt angegliedert ist, kümmern zu müssen. Daraus sind die Differenzen entstanden. Ich habe wiederholt versucht, sie beizulegen.

Was nun Herrn Professor Kumpmann betrifft, so hängt sein Abschied gar nicht mit diesen Differenzen zusammen, sondern es liegen andere Gründe vor. Herr Professor Kumpmann war ein halbes Jahr oder etwas länger mit der vorläufigen Verwaltung der Stelle des Direktors beauftragt. Vor kurzem wird Herr Kumpmann nun dahin vorstellig, seine definitive Anstellung jetzt sofort vorzunehmen mit einem Mindestgehalt von 43 000 Mark und nach den ersten Ansprüchen auch auf Lebenszeit. Diese Vorlage ist zunächst im Ausschuß des Arbeitsamtes verhandelt worden. Bei dieser Verhandlung wurde darauf hingewiesen, daß das Arbeitsamt nur eine provisorische Einrichtung ist, die der Provinzialverwaltung nur vorläufig übertragen ist, und zwar eigentlich gegen ihren Willen. Erst dann wird die Sache definitiv, wenn ein Reichsgesetz über die Natur, den Charakter und den Sitz des Amtes Bestimmung getroffen haben wird. Von dieser Erwägung ausgehend, hat der Ausschuß des Arbeitsamtes gesagt: Solange, wie die Stellung des Arbeitsamtes noch eine provisorische, eine ungewisse ist, solange man überhaupt nicht weiß, ob das Amt bei der Provinzialverwaltung bleibt oder nicht, solange können wir auch keinen Beamten definitiv hier anstellen. Erst wenn das Amt definitiv ist, können wir darüber Beschluß fassen. Vorläufig müßte der betreffende Herr das Amt auch ohne definitive Anstellung provisorisch weiterführen können.

Die Frage des Gehalts war zweifelhaft. Es wurde ein Gehalt gefordert, das dem der ältesten Landesräte, die so und soviel Jahre im Dienst sind, entspricht, und zwar als Anfangsgehalt. Man sagte sich: Diesen Forderungen kann die Provinzialverwaltung nicht ohne weiteres nachkommen, denn das würde Berufungen in den Kreisen der anderen Beamten hervorrufen. Nichtsdestoweniger beschloß der Ausschuß des Arbeitsamtes, die Summe von 43 000 Mark vorläufig in den Etat zu stellen und den Provinzialausschuß zu ersuchen, sich darüber zu äußern, ob bei der definitiven Besetzung des Amtes die 43 000 Mark zugebilligt werden könnten oder nicht.

Nun bin ich mit dem Beschluß des Ausschusses des Arbeitsamtes an den Provinzialausschuß herangetreten. Der Provinzialausschuß hat beschlossen, entsprechend dem Vorschlage des

Ausschusses des Arbeitsamtes, die Stelle nicht definitiv zu besetzen, bis das Amt fundite geregelt ist, bis feststeht, ob es ein Provinzialamt bleibt oder nicht. Der Provinzialausschuß hat dann weiter gesagt: Der bisherige Leiter des Amtes des Vorstandes soll ersucht werden, das Amt vorläufig weiterzuführen, und nach einem halben Jahre soll dem Provinzialausschuß wieder eine Vorlage darüber gemacht werden. Und was das Gehalt betrifft, so hat der Provinzialausschuß gesagt: Unter den heutigen finanziellen und politischen Verhältnissen sind wir nicht in der Lage, jetzt zu einer derartigen Gehaltsforderung Stellung zu nehmen.

Auf Grund dieses Beschlusses des Provinzialausschusses habe ich dem Herrn Professor Kumpmann entsprechende Mitteilungen gemacht, und zwar erstens, daß eine definitive Anstellung zurzeit ausgeschlossen sei. Zweitens habe ich ihn ersucht, sich darüber schlüssig zu werden, ob er das Amt auf Grund des Privatdienstvertrages noch weiterführen will. Allerdings habe ich in meinem Schreiben — das ist mir gestern zum Bewußtsein gekommen — gesagt: „bis zur definitiven Regelung durch das Reichsgesetz“, während der Provinzialausschuß gesagt hatte: „auf ein halbes Jahr“. Ich habe also Herrn Professor Kumpmann darin noch besser behandelt als der Provinzialausschuß, der nur ein halbes Jahr vorgeesehen hatte. Das war ein Irrtum, der auf meiner Seite vorlag. Drittens habe ich Herrn Professor Kumpmann wegen des Gehalts die Mitteilung gemacht, daß der Provinzialausschuß dazu keine Stellung nehmen könne. Darauf hat Herr Professor Kumpmann geantwortet:

„Euer Hochwohlgeboren danke ich für das sehr gefällige Schreiben vom 28. Februar. Wie ich Euer Hochwohlgeboren schriftlich und mündlich darzulegen die Ehre hatte, ist es mir unmöglich, neben meiner Professur die Leitung des Arbeits- und Berufsamtes zu behalten. Da der Provinzialausschuß meine hauptamtliche Anstellung vorläufig nicht für angängig hält, auch mir keinerlei Aussicht auf einen späteren Vertragsabschluß eröffnet, so bin ich zu meinem Bedauern gezwungen, demnächst mein Amt niederzulegen.“

Ich erlaube mir den Vorschlag, daß mein Ausscheiden am 30. April 1921 erfolgt.“

Hiernach hat also Herr Professor Kumpmann auf die definitive Anstellung einfach verzichtet.

Nun habe ich am selben Tage, an dem mir die Mitteilung gemacht worden ist, weil die Sache eilbedürftig ist und ich keine Zeit verlieren wollte, sofort die Ausschreibung der Stelle veranlaßt, und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem Herr Professor Kumpmann vertragsmäßig ausscheiden sollte, das ist der 1. April. Ich hatte, da Herr Professor Kumpmann doch ausscheiden sollte, keine Veranlassung, ihn noch länger im Amte zu behalten, als unbedingt nötig war, zumal größere Projekte usw. in der Zwischenzeit betrieben wurden, von denen ich nicht weiß, ob sie durchführbar sind.

Also, meine Damen und Herren, formell habe ich ganz korrekt in der Angelegenheit gehandelt. Ich habe aber auch gestern in der Kommission gesagt: Wenn die Stelle ausgeschrieben ist und die nötigen Meldungen sind eingegangen, dann habe ich absolut keine Bedenken, dem Vorstände des Arbeitsamtes zu sagen: Die und die Meldungen sind eingegangen, das sind die Personalien usw., und den Vorstand zu fragen: Wie stellt der Vorstand sich zu diesem und jenem Kandidaten? Die Wahl dieses Beamten ist nicht Sache des Arbeitsamtes, sondern das ist Sache des Provinzialausschusses.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat sich ja die Sache in gewissem Sinne leicht gemacht. Er sagt, er habe formell korrekt gehandelt. Richtig, aber darauf kommt es ja nicht an. Es kommt auf das an, was der Herr Vor-

redner eingehend darlegte, daß tatsächlich zwischen dem Vorstand und dem Direktor und dem Vorsitzenden insbesondere Mißstimmigkeiten vorhanden sind, die das ganze Arbeitsamt in seiner Entwicklung erheblich schädigen. Dabei weiß man doch, wie wichtig heute das Arbeitsamt ist, da die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge doch allgemein propagiert wird, indem man sagt: Nur Arbeit kann uns retten! Die Grundlagen dafür müssen unter den neuen Verhältnissen, die nun einmal infolge des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs gegeben sind, unter allen Umständen durch das Arbeitsamt geschaffen werden.

Der Herr Landeshauptmann sprach davon, daß Herr Professor Kumpmann in seinen Schriften große Projekte entwickle. Diese Projekte finden in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft Widerhall und Anklang, werden aber in den Kreisen der Verwaltung der Provinz nur durch die Finanzbrille betrachtet, ohne großzügige Rücksichtnahme auf das, was dem Staatsganzen und der Provinz unbedingt dienlich ist. Da soll man doch die Frage nicht so behandeln, wie sie hier behandelt worden ist, sondern man muß verlangen, daß die Frage so schnell wie möglich eine Klärung erfährt und daß man nicht so einfach mir nichts dir nichts einen Herrn, der auf diesem Gebiete sehr tüchtig ist, ohne ihn formell irgendwie anstößig zu behandeln, beseitigt. Denn von einer Beseitigung kann ja in dem Falle in gewissem Sinne die Rede sein, wenn auch dafür ein tatsächlicher Beweis nicht erbracht werden kann.

Wir müssen für unsere Fraktion erklären, daß wir es überhaupt sehr bedauerlich finden, daß uns die Provinzialverwaltung bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge keine großzügige Vorlage gemacht hat. Wir wissen doch, daß die Wohnungsmisere außerordentlich schlimm ist. Wir wissen doch, daß die Zahl der Wohnungsuchenden und dringend Wohnungsbedürftigen in allen Städten immer mehr anwächst. In Elberfeld ist die Zahl der dringend Wohnungsuchenden bereits auf 5000 gestiegen, in Barmen wird beinahe die Zahl von 4000 erreicht sein; in Düsseldorf wird es ähnlich liegen. Ueberall die gleichen Erscheinungen! Ueberall sind durch die Kriegszeit, weil da nicht gebaut wurde, und durch die nachfolgende Zeit Verhältnisse eingetreten, die diese schlimme Wohnungsnot hervorgerufen haben. Da ist es notwendig, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge in der Richtung Platz greift, daß unter allen Umständen ein großzügiger Wohnungsbau durch die Provinz gefördert wird, daß auch die Provinz hierfür Mittel bereit stellt, mindestens aber durch das Landesarbeitsamt die Grundlagen schafft und den Staat dazu veranlaßt, daß er für die Rheinprovinz Mittel für den Wohnungsbau in allen Gemeinden in großzügiger Form zur Verfügung stellt. In dieser Richtung müssen wir zweifellos das Landesarbeitsamt mehr denn je unterstützen und dürfen keine Störung in der Verwaltung und keine Differenzen zwischen Direktor und Vorsitzendem dulden, müssen vielmehr verlangen, daß nicht nur die Sache heute vertagt und im Provinzialausschuß dann des langen und breiten darüber verhandelt wird, sondern daß der Provinzialausschuß sofort zu den Dingen Stellung nimmt, damit so schnell wie möglich die Sache geregelt wird und auch Herr Professor Kumpmann dem Landesarbeitsamt erhalten bleibt.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Renvers: Meine Damen und Herren! Ich verkenne die Wichtigkeit des Arbeitsamtes und die Größe der Aufgaben, die diesem Amte obliegen, absolut nicht. Im Gegenteil, ich halte das Amt für wünschenswert, und ich bin froh darüber, daß das Amt eingerichtet worden ist. Das ist auch die Auffassung des Provinzialausschusses gewesen.

Das Arbeitsamt ist der Provinz überwiesen worden, obwohl wir absolut keine rechtliche Verpflichtung zur Uebernahme des Amtes und Aufbringung der Gelder haben, einfach auf Grund irgendeiner Kriegsverfügung. Wenn der Provinzialausschuß das Amt nicht für so wichtig erachtet

hätte, dann hätte er sich ganz anders dagegen verhalten und das Amt abgelehnt. Wir erkennen also die Wichtigkeit des Amtes unbedingt an. Meine Damen und Herren! Das ergibt sich auch daraus, daß wir das Amt, das mit etwa 180 000 Mark Etat aus Köln zu uns kam, in seiner Entwicklung absolut nicht hinderten, sondern es pekuniär unterstützten. Wir haben den Etat des Amtes von 500 000 Mark jetzt auf 800 000 Mark und für das nächste Jahr auf 1¼ Millionen Mark gebracht, alles in der kurzen Zeit. Wenn wir dem Amte nicht wohlwollten, hätten wir uns doch bei der Bewilligung dieser Mittel eine gewisse Reserve auferlegen müssen, um so mehr, als unsere finanziellen Verhältnisse das erfordern.

Nun wird ferner gesagt, wir hätten in bezug auf die Wohnungsfürsorge usw. nicht das Nötige getan. Ja, meine Damen und Herren, ich nehme an, daß die Wohnungsfürsorge zunächst eine Aufgabe der Städte und der Gemeinden ist, nicht der Provinz. Nichtsdestoweniger hat sich die Provinz bemüht, auch dafür einzutreten. Sie hat sich dadurch bemüht, daß sie mit dem Verein für Kleinwohnungswesen, mit dem Rheinischen Heim in Bonn, mit der großen Baugesellschaft, die sich hier gebildet hat, in Verbindung getreten ist und nach Kräften zum Betrieb dieser Institute hergegeben hat. Daß die Provinz heutigestags nicht in der Lage ist, 600 Millionen, wie sie gestern genannt wurden, oder eine ähnliche Summe für das Wohnungswesen zur Verfügung zu stellen, meine Damen und Herren, darüber braucht man doch eigentlich kein Wort zu verlieren.

Ich glaube, die Damen und Herren sind noch nicht so richtig orientiert über unsere finanziellen Verhältnisse. (Abgeordneter Dr. Jarres: Sehr richtig!) Da möchte ich Ihnen doch darüber einmal etwas mitteilen. Wir haben im verfloffenen Jahr 80 Millionen in den Etat gestellt, abgesehen von den eigenen Einnahmen. Wir haben bisher von dem Teil, der auf die Einkommensteuer fällt, überhaupt noch nichts bekommen; wir warten noch immer darauf. Das andere ist auf Realsteuern umgelegt. Davon haben wir einen Teil bekommen, auf das übrige warten wir. Wir leben doch eigentlich nur vom Pump. Wir haben in diesem Jahr 95 Millionen angeliehen, um die laufenden Bedürfnisse decken zu können. (Hört! Hört! rechts.) Wir sind auch nicht in der Lage, größere Pumps anlegen zu können. Ich kann sie ja nicht mehr in den Etat bringen, ich kann keine Zinsen und keine Amortisation dafür bezahlen, weil ich keine Steuern bekomme. Das müssen Sie sich einmal klarmachen.

Die Provinzialverwaltung ist nur dann zu halten, wenn die Gesetzgebung eine andere Steuereinrichtung trifft, genau wie bei den Kommunen. (Zustimmung rechts.) Solange wir nicht die Befugnis haben, Steuern über den bekannten Satz von 1919 plus 35 % zu erheben, sind wir nicht in der Lage, neue Aufgaben zu übernehmen. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Sehr richtig!) Wenn wir das tun wollten, handelten wir finanziell unrichtig; wir übernahmen Lasten und wären nicht in der Lage, für die Deckung zu sorgen. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Sehr richtig!)

In diese Lage sind wir aber in der letzten Zeit wiederholt gebracht worden. So sehr ich für die Krüppelfürsorge zum Beispiel eintrete, so sehr ich das Gesetz für wünschenswert halte, so sehr ich auch das Arbeitsamt usw. für wünschenswert halte; das sind Gesetze, die aus dem guten Willen heraus gemacht worden sind, in diesen prekären Verhältnissen zu helfen. Aber in Berlin hat man sich nicht klargemacht, daß diese Gesetze nur dann zu einer Wirkung kommen können, wenn man auch die Mittel dazu gibt. Die Mittel hat man uns nicht gegeben, sondern man hat uns auf die Zukunft vertröstet. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Sehr wahr!) Wenn ich bei dem Etat für das Arbeitsamt eigentlich nichts bekomme — bei der Uebernahme habe ich 7000 Mark oder so etwas bekommen, später vielleicht 30 000 Mark —, dann kann ich damit das Arbeitsamt doch nicht halten. Ich muß es eben mit den Pumps halten, die ich für die Provinz mache. Daselbe trifft

bei der Krüppelfürsorge zu. Wir wollen da 800 000 Mark ausgeben; woher ich sie bekomme, weiß ich nicht; es wird wahrscheinlich auch wieder im Wege des Darlehens sein.

Also diese Gesetzgebung ist schön und gut, aber in Berlin muß man sich daran gewöhnen, zunächst auch für Deckung zu sorgen. Es ist furchtbar einfach, wenn das Reich oder der Staat sagt: Die Aufgaben sollen durchgeführt werden, bitte, wir können es aber nicht machen, wir haben kein Geld, Provinz, mach du's. Die Provinz hat aber auch nichts, darüber muß man sich doch klar werden.

Den Gedanken müssen wir in Zukunft auch bei allen anderen Bewilligungen im Auge behalten. Es geht jetzt durch die Provinz wieder die Bewegung, Talsperren zu bauen. Kosten? Zunächst einmal 250 Millionen. Im ganzen ist es eine Milliarden Sache. Wie sollen wir das machen? Gern möchten wir Talsperren bauen, die weiße Kohle fördern usw. Aber schaffen Sie uns doch einmal die Mittel. Sie müssen sich das einmal vor Augen halten: Wir sind und bleiben leistungsunfähig, solange die Steuergesetzgebung für die Kommunen und für uns nicht geändert ist. (Zustimmung rechts.) Solange wir in diesem traurigen Stadium sind, müssen wir uns beschränken, wo wir nur können, da müssen manche Aufgaben und Aufwendungen zurücktreten, die wir sonst gern und freudig gemacht hätten. Wir können nicht hineingreifen, weil wir nichts haben. Ich bitte, sich das doch einmal klarzumachen.

So ist auch in der letzten Landtagsitzung — fällt mir gerade ein — zum Beispiel gesagt worden: In Köln und in Elberfeld muß für die Mütter, die ihre Säuglinge dort in der Hebammenanstalt untergebracht haben und die später noch in bestimmten Häusern an den Orten bleiben, gesorgt werden, sie müssen auch Unterstützungen bekommen. Schön, ganz recht, aber wo sollen wir die Mittel hernehmen? Das ist alles Theorie. Sie bringen das schön vor, jeder meint es gut, aber die Mittel haben wir nicht.

Um noch eins herauszugreifen: Wie gerne möchten wir der notleidenden Landwirtschaft helfen, die es wirklich nötig hat (Lachen links), die mit ihren Mitteln wirklich auch etwas erreicht. Die Gelder, die der Landwirtschaftskammer bewilligt worden sind, sind nie weggeworfen, sondern sie haben wirklich positiv etwas geleistet. Aus dem Gesichtspunkt möchte ich zum Beispiel auch die Forderungen, die die Landwirtschaftskammer in bezug auf Winterschulen erhebt, unterstützen; aber die Gelder haben wir auch nicht. (Abgeordneter Hoffmann: Die Landwirte haben sich doch im Kriege und in der Revolutionszeit gesund gemacht! Glocke des Vorsitzenden.) Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur beurteilen, daß das, was wir gegeben haben, von der Landwirtschaftskammer immer gut verwendet worden ist. Wir müssen doch die Produktion der Landwirtschaft heben, wenn wir weiterkommen wollen.

Ich wiederhole nochmals: Solange wir kein Geld haben, müssen wir uns nach allen Richtungen beschränken.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Adenauer.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Nach Schluß der Tagung findet eine Sitzung des Provinzialausschusses statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Angelegenheit, über die wir jetzt sprechen. Ich bin der Auffassung, sie wird dort am besten erledigt, und zwar muß zunächst dafür gesorgt werden, daß in der Leitung des Amtes kein Stillstand eintritt, weil das wesentliche Interessen weiter Kreise der Provinz gefährden würde.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob die große Finanzrede, die der Herr Landeshauptmann hier gehalten hat, gerade beim Arbeitsamt notwendig gewesen ist.

Ich möchte das doch stark bezweifeln, ganz besonders, wenn er gemeint hat, von der notleidenden Landwirtschaft reden zu müssen. Wer heute noch von der notleidenden Landwirtschaft redet, kennt die Landwirtschaft nicht. (Abgeordneter Gerlach: Hat noch nie Not gelitten!)

Wenn der Herr Landeshauptmann dann weiter gesagt hat, die Gelder, die bei der Landwirtschaft angelegt worden sind, seien nie fortgeworfen gewesen, sondern nutzbringend angelegt worden, so darf ich sagen, daß meine Freunde glauben, daß das Geld, das man ins Arbeitsamt hineinsteckt, auch nutzbringend angelegt wird.

Ich will auf die Pumpwirtschaft nicht eingehen. Ich bin der Meinung, daß es zu weit führen würde, wenn wir hier noch eine große finanzpolitische Debatte halten wollten. Ich hätte mich überhaupt nicht zum Worte gemeldet, wenn der Herr Landeshauptmann es nicht so vorzüglich verstände, etwas wesentlich anders darzustellen, wie es in Wirklichkeit ist. (Dho-Ruse rechts und in der Mitte.) Jawohl, ich bringe dafür den Beweis; ich stelle keine Behauptungen auf, die ich nicht beweise.

Ich habe gestern in der Sachkommission I verlangt, daß der Brief verlesen würde, der an Herrn Professor Kumpmann gerichtet worden war. Der Brief ist verlesen worden. Ich habe dann festgestellt, daß in dem Briefe nicht das enthalten ist, was der Provinzialausschuß in seiner Sitzung beschlossen hat. (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Und heute versteht es der Herr Landeshauptmann, die Sache sogar so darzustellen, als wenn diese Unterlassungssünde, die er nun auf sich nimmt, im Interesse des Herrn Professor Kumpmann geschehen wäre. Das ist eine derartige Verschiebung der Tatsachen, wie ich sie mir schlimmer nicht vorstellen kann. Er sagt, wenn er dem Herrn Professor Kumpmann nicht mitgeteilt habe, daß der Provinzialausschuß nach einem halben Jahr zu der Angelegenheit nochmals Stellung nehmen wolle, so wäre dieses nur günstig für Herrn Professor Kumpmann, denn er habe ihm geschrieben, die Frage solle solange offen bleiben, bis die reichsgesetzliche Regelung da wäre. Ich habe im Provinzialausschuß damals ausgeführt: Die reichsgesetzliche Regelung kann unter Umständen sehr lange auf sich warten lassen; es ist eine große Frage, ob sie im Jahre 1921 überhaupt erledigt wird. Aus diesem Grunde wünsche ich, daß man mindestens nach einem halben Jahr erneut auf die Sache zurückkommt und daß das Provisorium für den Herrn Professor Kumpmann nur um ein halbes Jahr verlängert wird. Hätte man das Herrn Professor Kumpmann mitgeteilt, dann wußte er, daß er unter allen Umständen damit rechnen konnte, daß nach einem halben Jahr die Sache entschieden und er eventuell als Direktor des Landesarbeitsamts genommen würde. Das hat man unterlassen. Man hat ferner in dem Brief kein Wort davon gesagt — was doch ebenfalls der Provinzialausschuß einstimmig gutgeheißen hatte —, daß versucht werden sollte, die persönlichen Differenzen unter Umständen dadurch zu schlichten, daß ein anderer Vorsitzender bestellt würde. (Hört! Hört! links.) Davon steht kein Wort in dem Brief. Aus diesen Gründen sagt Herr Professor Kumpmann in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Provinzialausschusses mit Recht: „Ein Verbleiben im Nebenamt aber ist mir unmöglich, da nach dem Schreiben des Herrn Landeshauptmanns keiner meiner Wünsche vom Provinzialausschuß anerkannt wird“. Also, der Provinzialausschuß hat einen Teil der Wünsche anerkannt, und der Herr Landeshauptmann hat dem Professor Kumpmann es einfach nicht mitgeteilt. (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Nunmehr versucht der Herr Landeshauptmann es so darzustellen, als ob das noch günstig für Herrn Professor Kumpmann wäre. Dagegen muß ich entschieden protestieren.

Ich darf sagen: Ich habe bisher kein Mißtrauen gegen den Herrn Landeshauptmann und die Provinzialverwaltung gehabt. Aber wenn man versucht, Herren in einem Amte, denen

man nicht gerade wohlwollend gesonnen ist, aus diesen oder jenen Gründen heraus derartig zu behandeln und diesen Herren Mitteilungen zu machen, die nicht dem entsprechen, was im Provinzialauschuß gesagt worden ist, so darf ich offen gestanden sagen, werde ich in der Zukunft gezwungen sein, ein scharfes Mißtrauen zu haben. Derartiges ist mir bisher noch nicht vorgekommen. Ich bin gewohnt, daß das, was in einer Sitzung besprochen wird, auch mitgeteilt wird und man nicht so verfährt, wie hier verfahren worden ist, und nachher den Dingen noch eine Auslegung gibt, die sich durchaus nicht mit den Tatsachen verträgt.

Ich bin der Auffassung, daß bei der Wichtigkeit des Arbeitsamtes im Interesse des Arbeitsamtes und im Interesse der Sache Provinzialverwaltung und Arbeitsamt Hand in Hand arbeiten müssen. (Zustimmung links.) Sonst kann es niemals etwas werden. Wenn da Leute sind, die große theoretische Rosinen im Sack haben, die — sagen wir einmal — dann und wann einmal in ein Wolkenkuckucksheim hineinsteigen, so müssen sie von den Realpolitikern wieder auf den Boden der Wirklichkeit heruntergezogen werden. Das soll man und muß man, um miteinander fertig zu werden und um der Sache zu dienen. Dann muß man aber auch verlangen, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, der Sache zu dienen. (Bravo! links.)

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Keners: Ich muß mich doch entschieden dagegen verwahren, daß es hier so dargestellt wird, als wenn ich absichtlich und böswillig irgendeine Mitteilung gemacht hätte, die nicht stimmte. (Abgeordneter Dr. Jarres: Sehr richtig!) Das ist nie meine Art gewesen; das habe ich nie getan und wissentlich auch jetzt nicht getan. Ich habe nur ausdrücklich erklärt: Ich habe Herrn Professor Kumpmann mitgeteilt, er könne sein Amt bis zur Regelung durch die Gesetzgebung im Wege des Vertrages weiterführen. Meine Damen und Herren, da habe ich allerdings das eine übersehen, daß im Ausschuß gesagt worden ist: noch ein halbes Jahr. Ich habe das aber persönlich noch für eine günstigere Lösung gehalten, wenn Herr Professor Kumpmann sich darüber klar war, daß er meinetwegen das Amt noch zwei bis drei Jahre weiterführen könnte. Daß darin eine böswillige Verstellung lag, muß ich leugnen. Das ist meine Auffassung. Ich habe also nur das Günstigere getan. (Abgeordneter Haas: Sie haben es ja bis gestern nicht gewußt!) Ja, ich habe es nicht gewußt. Aus diesem und keinem anderen Grunde habe ich so gehandelt. Hier nun von einer böswilligen Absicht zu sprechen, das muß ich mir entschieden verbitten.

Daß das Arbeitsamt in Frieden mit dem Vorsitzenden arbeiten muß, meine Damen und Herren, das habe ich immer anerkannt und auch zu erreichen versucht. Nun ist mir gesagt worden, ich hätte nicht mitgeteilt, daß ein Versuch gemacht werden sollte, die Differenzen auszugleichen. Gewiß, meine Damen und Herren, ich hatte Herrn Professor Kumpmann das nicht schriftlich mitgeteilt. Ich beabsichtigte aber, Herrn Professor Kumpmann und die anderen Herren vom Vorstand zu mir zu bitten, um mit ihnen die Angelegenheit zu besprechen. Das brauchte ich doch nicht schriftlich zu machen, sondern es ist viel einfacher, so etwas in persönlicher Verhandlung zu erledigen. (Abgeordneter Haas: Auf Grund dessen ist die Kündigung gekommen!) Nein, die Kündigung ist deshalb gekommen, weil der Direktor nicht definitiv angestellt werden kann. Die Sache liegt so: Herr Professor Kumpmann ist Professor, und es ist ihm gesagt worden, die Professur sollte anderwärts besetzt werden, wenn er sich bis dahin nicht schlüssig mache.

Ich weise es nochmals zurück, daß ich etwas böswillig mitgeteilt hätte.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brauer.

Abgeordneter Brauer: Meine Damen und Herren! Nach der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters Adenauer, daß die Frage gleich noch im Provinzialauschuß behandelt werden

folll, erübrigt sich eigentlich die gegenwärtige Debatte. Meines Erachtens — das habe ich auch gestern in der Kommission schon betont — wird durch diese Debatte über den Herrn Professor Kumpmann, den auch ich außerordentlich schätze, die Sache eigentlich auf ein ganz falsches Gleis gehoben, denn der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion lautete dahin, dem Verwaltungsausschuß und dem Vorstande des Landesarbeitsamts eine weit größere Selbständigkeit zu gewähren als bisher. Ich habe auch gestern dazu einige Anregungen gegeben und möchte sie heute nur kurz wiederholen.

Zunächst möchte ich zu der Streitfrage in bezug auf Herrn Professor Kumpmann feststellen, daß wir auch gestern der Meinung waren, daß es außerordentlich schwer ist, festzustellen, auf welcher Seite nun eigentlich gefehlt ist. Deshalb jagten wir ausdrücklich in unserem Beschlusse, daß der Provinzialausschuß versuchen solle, die bestehenden Differenzen aus der Welt zu schaffen. Damit war gewissermaßen zugestanden, daß es schwer für uns sei, als Richter in dieser Angelegenheit zu fungieren. Wir haben dann aber weiter dazu noch betont, daß es doch letzten Endes im Interesse der Provinz liegt, wenn ein solch wichtiges Amt reibungslos arbeitet. Es wurde gestern mitgeteilt, daß der Etat 1 125 000 Mark erfordert hätte und daß er bei den immer größer werdenden Aufgaben des Landesarbeitsamts eine steigende Tendenz hätte. Da haben wir von vornherein erklärt, wäre es doch die allergrößte Pflicht für uns, dahin zu wirken, daß zwischen den Organen dieses Landesarbeits- und Berufsamtes aus den Kreisen der Praktiker und der Verwaltung ein gutes Verhältnis herrscht. Die Leute klagen nun darüber, daß sie tatsächlich durch die bisherigen Bestimmungen zu einem Schattendasein verurteilt sind. Hier müßte der Hebel angefaßt werden. Es wurde gestern der Einwand erhoben, daß da gewisse Bestimmungen, an denen die Provinz gebunden sei, in etwa noch im Wege stehen. Nun liegen doch die Dinge so, daß das Landesarbeitsamt keine Einrichtung der Provinz ist. Sämtliche Beamte und Angestellte sind keine Provinzialbeamte, mit Ausnahme einiger Personen, die von der Provinz übernommen worden sind. Die Provinz hat nur auftragsgemäß die Verwaltung und trägt allerdings recht erheblich zu den Kosten bei. Ob das so bleibt, ist eine andere Frage; die Provinz wird das auf die Dauer nicht tragen können. Diese Auffassung zeigt sich im allgemeinen auch im Statut. Trotzdem klagen die Vertreter im Verwaltungsausschuß, daß sie tatsächlich ein Schattendasein führen, daß namentlich der Vorsitzende, der von der Verwaltung bestellt wird, sich außerordentlich wenig um die Stellung des Verwaltungsausschusses kümmert, so daß schon Vertreter der Arbeiterschaft erklärt haben, daß sie es für vollständig zwecklos ansehen, nach Düsseldorf zu den Sitzungen hinzufahren. Das kann unseres Erachtens nicht so weitergehen. Wir haben das denkbar größte Interesse daran, daß diese Institution gut funktioniert. Da möchte ich auch heute wieder nachdrücklichst betonen, daß in unserem Beschlusse von vornherein die Tendenz hineingelegt worden ist, daß der Provinzialausschuß prüfen soll, in welcher Weise dem Anspruch auf eine größere Selbständigkeit des Vorstandes und des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Rechnung getragen werden kann. Das an dieser Stelle hier auszufechten, würde zu weit führen. Ich würde bitten, daß gleich diese Angelegenheit im Provinzialausschuß mitberaten wird. Ich möchte dringend ersuchen, wenn das heute nicht möglich, dann doch in Wälde, auch dieser Tendenz des Antrages näherzutreten und zu versuchen, mit allen Mitteln dem Rechnung zu tragen, damit der Anspruch auf eine größere Selbständigkeit erfüllt wird und so das Institut arbeiten kann, wie es im Interesse des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes notwendig ist. (Bravo!)

Vorsitzender Gießen: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich frage, ob sich gegen den Vorschlag der Sachkommission und des Herrn Referenten Widerspruch erhebt? Ich lasse

abstimmen. Wer ist gegen den Vorschlag des Herrn Referenten? Niemand. Der Vorschlag ist angenommen.

Nr. 23:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des Turn- und Sportvereins, e. V., in Sachen auf Gewährung eines Zuschusses zu den Baukosten eines Touristen- und Turnerheims bei Stubbenkammer.

Berichterstatter ist Herr Geheimrat Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Die I. Fachkommission ist der Ansicht, daß wir dieses Unternehmen in Pommern nicht unterstützen können, weil es von der Rheinprovinz aus viel zu wenig besucht wird und wir hier größere Aufgaben zu erfüllen haben. Ich beantrage deshalb Ablehnung.

Vorsitzender Sielen: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich nehme an, daß Sie mit der Ablehnung einverstanden sind, da kein Widerspruch erhoben wird.

Punkt 24:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Neuwahlen zum Provinzialausschuß und zu den Provinzialkommissionen gemäß § 24 des Gesetzes über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vom 3. Dezember 1920.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen, meine Herren! Die I. Fachkommission beantragt unveränderte Annahme und bittet, die Wahlen vorzunehmen. Eine Abänderung wird jedoch erbeten; das ist die, daß in die Provinzialkommissionen statt sieben acht Mitglieder gewählt werden möchten. (Abgeordneter Dr. Jarres: Bis zur Festlegung der neuen Geschäftsordnung!) Sowohl, bis zur Festlegung der neuen Geschäftsordnung acht Mitglieder.

Vorsitzender Sielen: Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. Dann nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß statt sieben acht Mitglieder in die Provinzialkommissionen kommen.

Die Vorschläge für den Provinzialausschuß lauten:

Vom Zentrum:

als Mitglieder: Dr. Adenauer, Jarwick, Bollig, Frau Niedick, Hirtjesfer, Sanders und Voenaar;

als Stellvertreter: Graf Adelmann, Pfarrer Jansen, Heuser, Elses, Strunk, Weber-Kray und Hartrath-Trier;

von der Arbeitsgemeinschaft:

als Mitglieder: Hued, Kemmann und Dr. Röttgen;

als Stellvertreter: Pattberg, Dr. Wallraf und Steinmeyer;

von den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen:

als Mitglieder: Haas, Gerlach und Steinbüchel;

als Stellvertreter: Hoff, Hauck und Schwarz;

von der Kommunistischen Fraktion:

als Mitglied Koch und als Stellvertreter Knab.

Ich stelle einstimmige Wahl fest.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Eberle.

Abgeordneter Eberle: Auf Grund des Gesetzes ist es notwendig, daß der Provinziallandtag den Vorsitzenden des Provinzialausschusses und seinen Stellvertreter wählt. Ich möchte beantragen, daß die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters jetzt vorgenommen wird.

Vorsitzender Gielen: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich Ihr Einverständnis an.
Abgeordneter Mönning: Ich schlage Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer vor.

Vorsitzender Gielen: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich Ihr Einverständnis an. Ich bitte noch um einen Vorschlag für den Stellvertreter.

Abgeordneter Dr. Jarres: Ich schlage Herrn Geheimrat Hueck vor.

Vorsitzender Gielen: Widerspruch erhebt sich nicht. Sie sind einverstanden.

Abgeordneter Eberle: Ich bitte, die Herren zu fragen, ob sie die Wahl annehmen.
(Heiterkeit.) — Die Abgeordneten Dr. Adenauer und Hueck nickten zustimmend. —

Vorsitzender Gielen: Beide Herren haben die Wahl angenommen.

Wir kommen zu den Vorschlägen für die IIa Kommission.

Es sind vorgeschlagen:

vom Zentrum: Dr. Fischer, Frau Niediek und Heuser;

von der Arbeitsgemeinschaft: Bausch und Frau Dieckerhof;

von den Mehrheitssozialisten: Fräulein Otto;

von den Unabhängigen: Bamberger;

von den Kommunisten: Frau Plum.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich nehme Ihr Einverständnis an.

Für die IIb-Kommission sind vorgeschlagen:

vom Zentrum: Brauer, Professor Schmitz und Brücker;

von der Arbeitsgemeinschaft: Gold und Bottler;

von den Mehrheitssozialisten: Funk;

von den Unabhängigen: Dr. Lopp-Effen;

von den Kommunisten: Deppe.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich nehme auch da Ihr Einverständnis an.

Für die III. Kommission sind vorgeschlagen:

vom Zentrum: Schaaf, Lenze und Gessinger;

von der Arbeitsgemeinschaft: Dr. Jarres und Ziegler;

von den Mehrheitssozialisten: Müller;

von den Unabhängigen: Ring-Quisburg und

von den Kommunisten: Behhold.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich nehme auch da Ihr Einverständnis an.

Wir kommen dann zu Nr. 25:

Vornahme der Wahl der Kommission zur Vorberatung des von der Staatsregierung überwiesenen Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Jarres.

Abgeordneter Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 23. Februar dieses Jahres hat der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz dem Herrn Landeshauptmann den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinz mit dem Ersuchen überwiesen, ein Gutachten des Provinziallandtages über dieses Gesetz herbeizuführen. Der Provinzial-

ausschuß hat sich mit diesem Antrage befaßt und empfiehlt dem Landtage, eine Kommission zu wählen, die in Verbindung mit der Provinzialverwaltung den Entwurf zu prüfen und dem folgenden Provinziallandtage Bericht zu erstatten hat. Der Ältestenausschuß hat diese Vorlage des Provinzialausschusses ebenfalls besprochen und ist angesichts der besonderen Wichtigkeit dieser Vorlage der Meinung, Ihnen zu empfehlen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu wählen.

Was die Verbindung dieser Ausschußverhandlungen mit der Provinzialverwaltung angeht, so empfiehlt er Ihnen, diese Verbindung wie folgt herzustellen: Der Provinzialausschuß soll zu den Beratungen dieses besonderen Ausschusses eingeladen werden, damit sich die Mitglieder des Provinzialausschusses über den Inhalt und den Gang der Verhandlungen unterrichten können. Dabei bleibt es selbstverständlich dem Provinzialausschuß überlassen, etwaige abweichende Stellungnahme zu dem Gesekentwurf oder zu dem Gutachten des besonderen Ausschusses dem Provinziallandtage zu unterbreiten. Ferner empfiehlt Ihnen der Ältestenausschuß, den Vorsitzenden des Provinziallandtages mit beratender Stimme zu den Verhandlungen des Sonderausschusses zuzuziehen. Mit dieser Ausdehnung empfehlen wir Ihnen die Annahme des Antrages des Provinzialausschusses.

Vorsitzender Gieles: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle die Annahme des Vorschlages fest. Der Wahlvorschlag für die Kommission lautet:

vom Zentrum:

Dr. Adenauer, Lenze, Elfer, Dr. Heß, Voenaar, Simon, Wönnig, Farwick, Dr. Saassen und Schäfer;

von der Arbeitsgemeinschaft:

Andres, Dr. Hartmann, Dr. Jarres, Dr. de Werth und Wöhler;

von den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen:

Eberle, Haas, Baufnecht und Hoffmann;

von den Kommunisten:

Beghold und Frau Plum.

Es erhebt sich auch hiergegen kein Widerspruch. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Wir kommen zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

Antrag der Geschäftsordnungskommission zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, betreffend Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung durch eine zu wählende 15-gliedrige Kommission und Vornahme der Wahl.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ullenbaum.

Abgeordneter Ullenbaum: Meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnungskommission hat sich einmütig und grundsätzlich mit dem Antrage der Sozialdemokratischen Fraktion einverstanden erklärt und empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Zur Begründung des Antrages nur ein paar Worte.

Ein Blick nur auf die erste Seite der Geschäftsordnung lehrt jeden Abgeordneten, daß unsere jetzige Geschäftsordnung nicht mehr zeitgemäß ist. (Abgeordneter Bamberger: Sehr richtig!) Sie ist veraltet und auch wenig übersichtlich. (Zustimmung.) Nur einige Beispiele.

Auf der ersten Seite unserer Geschäftsordnung heißt es, daß ein Vorsitzender und ein Stellvertreter gewählt werden sollen. Wir sind schon längst dazu übergegangen, zwei stellvertretende

Vorsitzende zu wählen. Im § 3 auf der ersten Seite heißt es, daß Abteilungen gebildet werden müssen. Auch diese Abteilungen haben wir unterlassen zu wählen. Und so geht das die ganze Geschäftsordnung durch. Auch haben wir aus der Geschäftsordnung manchen alten Topf zu entfernen. Da wird insbesondere in der ganzen Geschäftsordnung von einem „königlichen“ Kommissarius gesprochen. So ein Ding kennen wir gar nicht mehr. (Zuruf rechts: Leider! Heiterkeit.) Die Herren scheinen gar nicht zu wissen, daß wir schon zweieinhalb Jahre eine deutsche Republik haben. Ueberhaupt glozen einen, wenn man durch das Ständehaus geht, überall noch die Kaiserbilder aus alten Zeiten an. Ich bin der Meinung, das ist in der deutschen Republik nicht mehr angebracht. (Dho-Muse rechts.) Verehrte Anwesende! Weiter hat die Sozialdemokratische Fraktion den Wunsch, daß wir auch eine neue Einteilung der Fachkommissionen vornehmen sollen. Insbesondere wird gewünscht, daß man die Fachkommission IIa teilt und zwei Kommissionen daraus macht und daß sich dann die eine Kommission speziell mit den Wohlfahrtsangelegenheiten und die andere mit der Fürsorgeerziehung usw. befaßt. Man ist der Meinung, das Material, das diese Fachkommission IIa zu bearbeiten hat, ist so umfangreich, daß es den einzelnen Abgeordneten gar nicht möglich ist, eingehend die einzelnen Sachen zu studieren und nachzugehen. Aus dem Grunde wünschen wir auch eine neue Einteilung der Fachkommissionen und empfehlen eine Vergrößerung der einzelnen Abteilungen.

Aus allen diesen Gründen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, sich dem Antrage der Geschäftsordnungskommission anzuschließen und unseren Antrag einmütig anzunehmen.

Vorsitzender Gielen: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich nehme an, daß das hohe Haus mit dem Antrage einverstanden ist. Vorschläge über die Zusammensetzung der 15-gliedrigen Kommission liegen mir noch nicht vor. Ich bitte deshalb um diese Vorschläge.

Abgeordneter Wönnig: Wir schlagen vor die Herren: Adams, Graf Adelman, Grootens, Maus, Heuser, Eltes und Fräulein Köhl.

Abgeordneter Dr. Farres: Wir schlagen vor die Herren Abgeordneten: Dr. Kaiser, Falk, Dr. de Weerth und Dr. Hartmann.

Abgeordneter Haas: Ich schlage vor die Herren Abgeordneten: Eberle, Bauknecht und Hauck.

Abgeordneter Koch: Ich schlage Herrn Abgeordneten Esser-Duisburg vor.

Vorsitzender Gielen: Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die Vorschläge. Ich nehme daher an, daß die 15 Vorgesetzten gewählt sind.

Ich möchte eben mitteilen, daß der Vorsitzende des Provinzialausschusses die jetzt gewählten Mitglieder, nicht auch die Stellvertreter, bitten läßt, gleich nach Schluß der Plenarsitzung im Provinzialausschußsaal zu einer kleinen Sitzung zusammenzutreten.

Ebenso werden die Mitglieder der sieben gewählten Anstaltskommissionen gebeten, ihre Ausweiskarten und eine Geschäftsordnung für die Provinzialkommissionen nach Schluß der Sitzung im Landtagsbüro in Empfang zu nehmen.

Abgeordneter Haas: Es wäre auch notwendig, daß die Autonomiekommission und die Geschäftsordnungskommission zusammentreten und sich konstituieren.

Vorsitzender Gielen: Es wird ferner gebeten, daß die Kommission zur Vorberatung des Gesetzesentwurfs zur Erweiterung der Rechte der Provinzen sich gleich nach Schluß der Sitzung in Zimmer 36 zusammenfindet, um sich zu konstituieren, ebenso die eben gewählte Geschäftsordnungskommission in Zimmer 6. (Abgeordneter Dr. Lopp: Die anderen Kommissionen, die Kontrollkommissionen auch?) Das ist wohl nicht nötig. (Abgeordneter Dr. Lopp: Auf Grund der Geschäftsordnung doch. Wie sollen wir uns denn an den Vorsitzenden wenden, wenn wir Beschwerden haben?)

Vorsitzender Gielen: Zum Wort hat sich noch gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen, meine Herren! Genau wie das letzte Mal bin ich auch heute ersucht worden, dafür einzutreten, daß denjenigen Abgeordneten, die einen Lohnausfall haben, 60 Mark pro Tag vergütet werden, und daß denjenigen Abgeordneten, die einen Vertreter zu bestellen haben, ein Äquivalent von 50 Mark pro Tag ausbezahlt wird. Ich empfehle diesen Antrag Ihrer Annahme.

Vorsitzender Sielen: Ich stelle die Annahme fest.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Farres.

Abgeordneter Dr. Farres (zur Geschäftsordnung): Ich werde eben von verschiedenen Herren darauf aufmerksam gemacht, daß mehrere Mitglieder in verschiedenen Kommissionen sind. Können die Kommissionen nicht mit einer kleinen Zwischenpause tagen? Die Konstituierung wird ja sehr schnell erfolgen. Vielleicht zuerst die sogenannte Autonomiekommission sofort, dann die Geschäftsordnungskommission, dann in einem Abstand von 10 Minuten die anderen Kommissionen. Ich bitte, die Reihenfolge so zu bestimmen.

Vorsitzender Sielen: Es wird wohl möglich sein, daß die Herren etwas aufeinander warten. Also sofort nach der Sitzung die Kommission zur Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen, sodann die Geschäftsordnungskommission und im Anschluß daran die Sachkommissionen.

Abgeordneter Mönning: Meine Damen und Herren! Namens der Zentrumsfraktion, der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft und der Mehrheitssozialistischen Fraktion habe ich folgende Erklärung hier abzugeben:

Die Besetzung weiteren deutschen Bodens auf dem rechten Rheinufer, die angekündigte unerträgliche Belastung der deutschen Ausfuhr und insbesondere die Androhung der Errichtung einer Zollgrenze am Rhein haben neues Leid, neue Not und Sorge über das deutsche Volk und vor allem über unsere rheinische Heimat gebracht. Keine dieser Maßnahmen ist auf dem Boden des Rechtes gegründet. Insbesondere darf die Errichtung einer Zollgrenze für das besetzte Gebiet nach Artikel 270 des Friedensvertrages nur in Erwägung kommen, wenn sie erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren.

Der Rheinische Provinziallandtag, die auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählte Vertretung der gesamten Rheinprovinz, erhebt deshalb feierlich Einspruch gegen die erfolgten und gegen die geplanten Maßnahmen. Die durch die Zollgrenze eintretende Abschneidung vom deutschen Mutterlande würde Wirtschaft und Handel in den Rheinlanden der Vernichtung entgegenführen und so die Wirtschaftskraft des leistungsfähigsten Teiles Deutschlands zur dauernden Unfruchtbarkeit und die arbeitsfreundige werktätige Bevölkerung zur Arbeits- und Brotlosigkeit verurteilen. Die Errichtung der Zollgrenze würde die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht wahren, sondern ihnen im Gegenteil einen vernichtenden Schlag versetzen.

Wir können nicht glauben, daß das Rechtsgefühl der Völker solches Unrecht dulden wird.

Komme, was kommen mag; wir Rheinländer fühlen uns in Treue einig mit allen deutschen Volksgenossen. (Lebhaftes Bravo!) Kein Zwang und keine Not, sie mögen noch so schwer und bitter sein, können uns trennen! (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Sielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie sieht sich veranlaßt, zu der Angelegenheit zu erklären, daß der Krieg und die Besetzung eine Folge der kapitalistischen und imperialistischen Politik derjenigen Kreise ist, die geschworene Feinde der Arbeiterklasse sind. Wir lehnen als Fraktion wie auch als Partei chauvinistische Bestrebungen sowohl wie Nationalbolshewismus ebenso energisch ab wie rheinische Sonderbündelei.

Die unabhängige Sozialdemokratie hat ihre Stellungnahme in der Rheinlandfrage auf ihren Parteitag wie auch in den Parlamenten stets klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch auf der letzten Tagung des Provinziallandtages erklärte der Sprecher unserer Fraktion unter anderem:

„Wir bedauern, daß es in Deutschland Männer gibt, die, nachdem Ungezählte unserer Klassengenossen im Kriege — um mich Ihres Sprachgebrauchs zu bedienen — „für die Unverletzbarkeit der Reichsgrenzen“ ihr Leben hergaben, für eine Loslösung der Rheinlande vom Deutschen Reiche eintreten. Aber — so erklärte unser Sprecher weiter — auch die separatistischen Bestrebungen in bezug auf die Rheinlande lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab, weil diese Bestrebungen auf dem Wege der völligen Losreißung der Provinz vom Reiche liegen. Wir bedauern, daß das Zentrum im preußischen Abgeordnetenhaus noch am 24. März 1920 einem Protest gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik seine Zustimmung versagte. Wir werden uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese Bestrebungen wenden, da wir deren selbstsüchtige und reaktionäre Tendenz erkennen.“

Schulter an Schulter mit unseren Klassengenossen der übrigen deutschen Provinzen und Gebietsteile werden wir für ein sozialistisches Deutschland kämpfen, da wir der Ueberzeugung sind, daß nur der Sozialismus in der Lage sein wird, die furchtbaren Wunden, die uns der Krieg geschlagen hat, zu heilen“.

Wir sehen uns veranlaßt, als Fraktion diese Erklärung wiederzugeben, da nach Zeitungsmeldungen französische Blätter berichten, daß Führer der Unabhängigen in Düsseldorf mit den Alliierten verhandelt haben sollen. Diese Meldung ist unrichtig.

Unsere Freunde in Frankreich haben sich im Gegensatz zu den Meldungen im „Echo de Paris“ gegen die Maßnahmen der Alliierten gewandt. Unser Freund Longuet hat in einem Artikel im „Populaire“, der leider von der deutschen Presse noch nicht wiedergegeben worden ist, treffend die Dinge dargelegt und unter anderem gesagt: „Die Anwendung der famosen „Sanktionen“ erlaubt allen Kriegsherrn, sich breit zu machen. Schon meldet uns der Telegraph, daß die große Industriestadt Düsseldorf heute morgen von den alliierten Truppen besetzt worden ist. Die Proletarier dieses großen sozialistischen Zentrums, die so prächtig fest zum internationalen und revolutionären Sozialismus unserer unabhängigen Freunde gestanden sind, sollen hier den Ausdruck unserer brüderlichen Solidarität in ihren gegenwärtigen Prüfungen finden.“

Das positive Ergebnis dieser militärischen Maßnahmen, die mit soviel Lärm angekündigt wurden, wird uns ein absolutes Nichts sein. Sie werden uns nicht einen Sou mehr verschaffen, sie werden die Ruinen unserer Nordprovinzen nicht verringern, sie werden nicht zu ihrer Wiederherstellung beitragen“.

Diese Ausführungen, die mein Freund Longuet im „Populaire“ gemacht hat, könnte ich noch weiter fortsetzen; sie stellen einen treffenden Gegensatz dar zu dem, was chauvinistische Blätter berichten.

Wir haben keine Ursache, den Streit der Imperialisten und Militaristen aller Länder fortzusetzen, sondern fühlen uns als Deutsche mit dem arbeitenden Volke Deutschlands und der übrigen Länder verbunden. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Koch.

Abgeordneter Koch: Meine Damen und Herren! Die Kommunistische Partei sieht sich veranlaßt, auch eine besondere Erklärung abzugeben; sie kann sich der allgemeinen Erklärung nicht anschließen. Dieselbe lautet:

Oberpräsident von Groote führte in seiner Eröffnungsansprache am Sonntag mittag den Ausdruck an: „Ehern zusammenschmieden soll uns dieses Leid zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen!“ und stellte fest, daß dieses Wort auch in den Herzen der Rheinländer einhelligen und kräftigen Widerhall finde. Der Alterspräsident, Geheimer Sanitätsrat Dr. Olberg, ging in seinen nationalistischen Ausführungen noch weiter und sagte unter anderem: „Laut und fest und feierlich bekennen wir in dieser Stunde und an dieser Stelle, wo wir als Abgeordnete der Rheinprovinz zusammengekommen sind, für uns und unsere Wähler, welchem Stande und welcher Partei wir auch angehören mögen: Treue Deutsche sind wir, treue Deutsche bleiben wir, jetzt und immerdar!“

Die Fraktion der Vereinigten kommunistischen Partei erklärt: Wir haben weder dem Herrn Oberpräsidenten noch dem Herrn Alterspräsidenten den Auftrag gegeben, derartige Feststellungen im Namen unserer Wähler (Sachen rechts) bzw. unserer Fraktion zu machen. Unsere Fraktion erhebt allerhöchsten Einspruch gegen das anmaßende Verhalten des Oberpräsidenten und des Alterspräsidenten. (Laute Oho- und Pfui-Rufe bei den bürgerlichen Parteien.)

Zur Sache selbst. Die bankrotte deutsche Bourgeoisie sucht seit den Verhandlungen in Paris und London der kapitalistischen Welt gegenüber bei jeder Gelegenheit die nationale Einheitsfront vorzutauschen. Die deutsche Bourgeoisie und ihre menschenwichtigen Helfershelfer haben durch ihre Kriegspolitik das Recht verloren, über die Gewaltanwendungen des Ententeimperialismus zu zeteren. Das Wort von der nationalen Einheitsfront ist ein plummes Täuschungsmanöver, dazu berechnet, die Arbeiterklasse von ihrem richtigen Kampfziel abzulenken.

Wir Kommunisten bekämpfen ebenso scharf das imperialistische Bestreben der Entente, sich durch den militärischen Vormarsch ihren Raub zu sichern, denn zu den Lasten, die die deutschen Ausbeuter der Arbeiterklasse auferlegen, wird diese jetzt dazu noch in verstärktem Maße der Ausbeutung durch die Ententebourgeoisie ausgesetzt sein. Das rheinische revolutionäre Proletariat setzt allen Loslösungsbestrebungen der Rheinlande, mögen sie von seiten der Entente oder von seiten deutscher Kapitalisten oder klerikaler Geschäftemacher kommen, seine entschlossene Kampfbereitschaft entgegen, doch nicht aus nationalen Beweggründen, sondern aus der klaren Erkenntnis, daß ein rheinischer Pufferstaat ein hemmendes Bollwerk gegen die Weltrevolution und ein Aufmarschgebiet der Kontrerevolution bedeuten würde. Gemeinsam mit dem Proletariat des übrigen Deutschlands will und wird die rheinische Arbeiterschaft den Entscheidungskampf gegen das Kapital, gegen die deutsche Bourgeoisie und die Weltbourgeoisie führen.

Für das Proletariat ist klar: Ihm hilft kein Ablehnen, Verhandeln und auch kein Unterschreiben der deutschen Bourgeoiseregierung. Nicht Aufbau, sondern Aufteilung der Beute auf Kosten der Arbeiterklasse ist der Sinn der Londoner Konferenz. Der Konflikt der deutschen Bourgeoisie mit der Ententebourgeoisie besteht nur darin, daß sie sich nicht einigen können über die Höhe ihres Anteils aus der Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse. Der Kapitalismus kann die Krise nicht mehr lösen. Er kann das Elend der arbeitenden Menschheit nur noch vergrößern, Hunger und Elend bringen. Das deutsche Proletariat muß sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Ihm hilft nur der unmittelbare Kampf, der Sturz der deutschen Bourgeoiseregierung und die Ergreifung der politischen Macht.

Die Vereinigte kommunistische Partei setzt den nationalen Parolen der Bourgeoisie die Kampfesparole des Kommunismus entgegen: Kampf des internationalen Proletariats gegen das internationale Kapital! Für den kommunistischen Aufbau! Fort mit allen Bourgeoiseregierungen, für die Herrschaft der Arbeiterklasse, nach der Aufrichtung Schutz- und Trugbündnis mit Sowjet-Rußland, Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjet-Rußland! (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Gielen: Ich habe dem Herrn Oberpräsidenten die Mitteilung zu machen, daß die Aufgaben des 60. Rheinischen Provinziallandtags ihre Erledigung gefunden haben.

Oberpräsident von Groote: Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach kurzer, aber an hingebender, pflichttreuer Arbeit reicher Tagung steht der 60. Provinziallandtag der Rheinprovinz am Ende seiner Verhandlungen.

Nicht alle Aufgaben, die ihm gestellt waren, konnten zur abschließenden Erledigung kommen. Die Stellungnahme des Landtags sowohl zu der angestrebten Vereinigung der westfälischen Gemeinden Langerfeld und Nächstebreck mit der Stadt Barmen wie auch zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen bedarf einer eingehenden Prüfung und Vorbereitung, die nach Lage der Verhältnisse bisher nicht möglich war. Sie haben daher die endgültige Erledigung dieser Aufgaben dem nächsten Provinziallandtage vorbehalten, dessen Einberufung schon in einigen Monaten in Aussicht genommen ist. Inzwischen wird die erforderliche sorgfältige Prüfung stattfinden können, die bei dem sogen. Autonomiegesetze manchen wichtigen Gesichtspunkten Beachtung zu schenken haben wird, die zum Teil, namentlich soweit sie die politische Tragweite betreffen, schon in der Öffentlichkeit behandelt worden sind, zum Teil aber bei einem näheren Eingehen sich noch — in für manchen vielleicht überraschendem Umfange — herausstellen werden. Ich denke in letzterer Beziehung namentlich an den engen Zusammenhang des Gesetzes mit der schon lange in Vorbereitung befindlichen Verwaltungsreform in Preußen, sowie mit einer Reihe von anderen in Bearbeitung befindlichen Gesetzen, und ich denke nicht in letzter Linie an die starken finanziellen Wirkungen des Gesetzes. Ich zweifle im übrigen nicht daran, daß die Stellungnahme des Provinziallandtags geleitet werden wird von der ernstesten Absicht, eine gesunde Fortentwicklung der Selbstverwaltung in Einklang zu bringen mit der Erhaltung eines starken Staatsgefüges, wie es zumal in der heutigen Zeit und für uns im Rheinlande gegenüber Wünschen und Bestrebungen, die auf eine Lockerung dieses Gefüges gerichtet sind, von größter Wichtigkeit ist. (Beifall.)

Die Beratung und Beschlussfassung über eine Reihe von Vorlagen wird dem weiteren Ausbau der provinziellen Verwaltungstätigkeit nach der sozialen Richtung erfreuliche Förderung geben.

Eine außerordentliche Bedeutung ist der von Ihnen getätigten Wahl von Mitgliedern des Preussischen Staatsrats beizumessen. Ihre Zahl entspricht der starken, die der übrigen Provinzen weit übersteigenden Bevölkerungsziffer der Rheinprovinz, und ihre Einflußnahme wird, wie wir hoffen dürfen, die kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der rheinischen Bevölkerung in der preussischen Gesetzgebung zur gebührenden Geltung bringen.

Meine Damen und Herren! Trotz des schweren Druckes, der in dieser Zeit auf unserem Vaterlande und vor allem auf unserer rheinischen Heimat lastet, wollen wir nicht auseinandergehen, ohne der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß auch einmal wieder eine hellere Sonne durch Nacht und Nebel hindurchbrechen wird. Eine Hoffnung, die nur dann in Erfüllung gehen kann, wenn wir Rheinländer — wie es der verehrte Herr Alterspräsident zu Beginn unserer Tagung so trefflich ausgeführt hat — in treuer Vaterlandsliebe mit unserem geliebten deutschen Vaterlande untrennbar verbunden bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen der Preussischen Staatsregierung erkläre ich den 60. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen.

Abgeordneter Krawinkel: Meine Damen und Herren! Als eines der ältesten Mitglieder des Provinziallandtages erlaube ich mir, das letzte Wort zu nehmen, um dem Präsidium meinen Dank für die treffliche, eifrige und erfolgreiche Führung der Geschäfte auszusprechen. (Beifall.)

Ich müßte aber aus meiner Natur heraus, wenn ich dabei, wie auch der Herr Oberpräsident, nicht noch ein Wort für den verehrten Herrn Alterspräsidenten hätte, der uns zu Eingang unserer Verhandlungen das rechte Wort gesagt und unser Treugelöbniß für das deutsche Vaterland abgelegt hat. Damit wollen wir den Ausgang wie den Eingang halten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Gielen: Verehrte Damen und Herren! Namens meiner Kollegen im Vorsitz und der Herren Schriftführer danke ich für die anerkennenden Worte des Herrn Krawinkel.

Dank gebührt aber auch allen Beamten der Provinzialverwaltung, welche durch musterhafte Vorbereitung unserer Vorlagen und durch Unterstützung während der Tagung uns unsere Arbeit wesentlich erleichtert und dadurch mit dazu beigetragen haben, daß durch das Zusammenarbeiten der Parteien eine so schnelle Erledigung so vieler Sachen möglich wurde.

Es war dies die erste Tagung eines auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zustande gekommenen Provinziallandtages. Der Herr Oberpräsident hat in seinen Ausführungen die Wichtigkeit Ihrer Beschlüsse bereits genügend herorgehoben, so daß sich das wohl für mich erübrigt.

Ich denke aber doch, meine Damen und Herren, wir wollen nicht auseinandergehen, ohne noch einmal offen und ehrlich von ganzem Herzen ein Treugelöbniß für unsere rheinische Heimat und für unser heißgeliebtes deutsches Vaterland an den Tag zu legen. Unsere geliebte rheinische Heimat, unser deutsches Vaterland, sie leben hoch, hoch, hoch! (Während die Versammlung begeistert in das Hoch einstimmt, ertönen auf Seiten der kommunistischen Fraktion laute Pfui-Rufe und Rufe: Nieder mit dem deutschen Vaterlande!)

Vorsitzender Gielen: Meine Damen und Herren! Wenn der Landtag auch geschlossen ist, so rufe ich den Redner doch energisch zur Ordnung. (Andauernder Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Raus! bei den übrigen Parteien.)

(Schluß 5 Uhr.)



V
168y 185h

21
1476